



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Die repräsentative Demokratie in der Krise?

*Die Renaissance
der starken Männer
und der einfachen
Wahrheiten*

Vortrag von Jasper von Altenbockum

Die repräsentative Demokratie in der Krise?

*Die Renaissance
der starken Männer
und der einfachen
Wahrheiten*

Vortrag von

Jasper von Altenbockum

VERANSTALTUNG

Dienstag, 14. März 2017, 19 Uhr

Landeshaus, Plenarsaal

BEGRÜSSUNG

Bernd Heinemann, Vizepräsident
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

VORTRAG

Jasper von Altenbockum,
verantwortlicher Redakteur Innenpolitik
der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

DISKUSSION

Moderation: Julia Stein

Bernd Heinemann
Landtagsvizepräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
lieber Herr von Altenbockum,
sehr geehrte Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofes,
liebe Frau Dr. Schäfer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

als Landtagsvizepräsident ist es mir eine besondere Ehre, Sie alle sehr herzlich hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu begrüßen – einem ganz besonderen Vortrag, und mit einem ganz besonderen Referenten!

»Erlebt die repräsentative Demokratie eine Krise?« – Diese Frage stellen heute Sie, verehrter Herr von Altenbockum, und Sie werden dazu gewiss auch viele interessante Überlegungen präsentieren, die über diese Frage hinausgehen.

Sie waren viele Jahre Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern und dann für Skandinavien und sind heute verantwortlicher Redakteur Innenpolitik Ihrer Zeitung. Sie sind also jemand, der mit dem weiten Blick eines erfahrenen Journalisten an die Fragestellungen der Gegenwart herangeht.

Insofern erahnt Ihr Publikum schon, dass die »Krise«, nach der Sie fragen, wohlmöglich eben leider schon eine Tatsache ist. Die Nennung weniger Namen reichen aus: Trump, Erdogan, Wilders, Hoecke – alles scheinbar starke Männer, und mit Frau Le Pen ist auch eine vermeintlich starke Frau mit im populistischen Boot. Dazu kommen die »einfachen Wahrheiten«, die uns in Gestalt einfacher Paro-

len, drastischer Verkürzungen bis hin zu plumpen Beleidigungen mittlerweile nur allzu geläufig sind.

Es ist zu befürchten, dass die Krise der repräsentativen Demokratie, die »starken Männer« und die »einfachen Wahrheiten« leider keine dramatischen Zuspitzungen sind, sondern dass sie ganz konkrete Herausforderungen unserer Zeit beschreiben. Wir sind deshalb sehr dankbar, dass wir mit Ihnen, verehrter Herr von Altenbockum, einen profunden Kenner unseres politischen Systems als Redner für diesen Abend haben gewinnen können.

Zu diesem Abend wird neben Ihrem Vortrag auch eine Diskussionsrunde gehören. Das versteht sich angesichts des Themas nicht allein als eine Selbstverständlichkeit im Sinne eines gelungenen Vortrages – denn dazu gehört eben immer auch eine Nachschau und eine Vertiefung durch Fragen und Anregungen aus dem Publikum. Sondern die Diskussion ist auch im tieferen Sinne des heutigen Themas ein wesentlicher Bestandteil der Debattenkultur in unserer parlamentarischen Demokratie.

»Einfache Wahrheiten« kennen keine andere Meinung, sie kennen keinen Kompromiss und keine Verständigung. Insofern ist bereits die Diskussion der heutigen Veranstaltung ein klares Bekenntnis zu unserem politischen System.

»Starke Männer« dulden niemanden neben sich, sie kennen nur ihren Machtanspruch und sie verkennen damit die Rolle, die den gewählten repräsentativen Vertretern in einer Demokratie zukommt. Repräsentanz entbindet aber nicht von Verantwortung und Pflicht, sondern im Gegenteil: Sie fordert Rechenschaft und stellt hohe Anforderungen an denjenigen und diejenige, denen in der Demokratie Macht auf Zeit verliehen wird.

Die »Krise als Chance« ist ein oft beschworenes Bild, dem übrigens sehr viel Wahres anhaftet. Es ist im Übrigen ein Bild, das in keinem anderen politischen System als der Demokratie möglich ist. Allen anderen politischen Systeme-

men, allen Formen von Diktaturen und Unterdrückung, ist die Krise nämlich fremd.

Krisen darf es nicht geben, denn diese politischen Systeme erklären den Stillstand und die brutale Unterdrückung von Diskussion, von Meinungsfreiheit und Pluralismus damit, dass eine Gesellschaft den »paradiesischen« Endzustand bereits erreicht habe. Krisen sind Bedrohungen für das System, keine Motivation zu Veränderung und Fortschritt.

Wie gut, meine Damen und Herren, geht es uns da in unserer Demokratie. Wir können uns erlauben, Krisen zu erkennen und Ihnen mit offener Diskussion und parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen zu begegnen. Wir müssen uns vor Veränderungen nicht fürchten, im Gegenteil, sie gehören zu unserem Grundverständnis von gesellschaftlichem Miteinander und gesellschaftlicher Entwicklung dazu.

Wir müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, dass es gerade diese steten Veränderungen sind, die zunehmend in Teilen unserer Gesellschaft Ängste auslösen und den irrationalen Wunsch nach Stillstand oder sogar nach einer Rolle rückwärts aufkommen lassen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Es wird dabei nicht genügen, den Ängsten die einfache wie auch zutreffende Erkenntnis gegenüberzustellen, dass sich eine Gesellschaft immer weiter entwickelt und der Versuch, diesen Wandel aufzuhalten, zwecklos ist.

Entscheidend ist es, diese Menschen wieder an die Wurzeln unserer repräsentativen Demokratie heranzuführen und ihren Ängsten vor Veränderung durch eine einfache, aber doch zugleich auch ganz komplexe Tatsache zu begegnen, nämlich durch die Erkenntnis, dass wir mit der Demokratie ein Instrument in der Hand haben, Veränderungen zu lenken und zu steuern, über Richtungen und Tempo von Veränderungen abzustimmen und Kurskorrekturen vorzunehmen.

Wenn uns das gelingt, dann ist vieles gewonnen. Zu-

nächst aber geht es um die Frage, wie es denn überhaupt um unsere Demokratie steht. Von Ihnen, verehrter Herr vom Altenbockum, erhoffen wir uns in den kommenden Minuten dazu Genaueres. Als profunder Kenner unserer politischen Landschaft, als Beobachter und Kommentator werden Sie uns ganz gewiss neue Perspektiven auf dieses aktuelle Thema entwerfen und dann in der anschließenden Diskussionsrunde gerne auch die Fragen aus dem Publikum aufgreifen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal herzlich für Ihr Kommen danken und ich freue mich mit allen hier im Saal auf aufschlussreiche, spannende und vielleicht auch ernüchternde Gedanken zu einer im wahrsten Sinne des Wortes existenziellen Frage mit Blick auf unsere Demokratie.



◁ Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann

▽ Moderatorin Julia Stein



Repräsentative Demokratie, starke Frauen und Männer, einfache Wahrheiten – drei Stichworte, die eigentlich sehr gut zueinander passen¹. Jede repräsentative Demokratie braucht starke Frauen und starke Männer, die einfache Wahrheiten verkünden. Frau Merkel sagt: Wir schaffen das, Theresa May steuert auf den »harten Brexit« zu, und in Schleswig-Holstein verkündet der starke Mann Torsten Albig einen Abschiebestopp. Keine Demokratie ohne Politiker, die wissen, wo es lang geht, auch wenn nicht immer alle mitgehen wollen, bzw. nicht immer alle wissen, ob sie da ankommen, wo sie hinwollen. Die einfachen Wahrheiten sind dabei nicht ein Privileg sogenannter Populisten, sondern auch das der anderen Politiker. Sie nennen es dann vielleicht nur anders, zum Beispiel: Komplexitätsreduzierung.

Starke Männer, starke Frauen, einfache Wahrheiten und die repräsentative Demokratie sind also kein Widerspruch. Aber sind sie nicht doch Gegensätze? Sagen einfache Wahrheiten in einer komplizierten Demokratie nicht die Unwahrheit? Und tun starke Frauen und starke Männer in einer komplizierten Demokratie nicht eigentlich nur so, als seien sie stark? Ihnen wird nämlich, je länger sie diese Stärke ausfüllen müssen, desto öfter vorgeworfen, dass sie schwächer werden, dass sie Probleme nur »aussitzen«, dass sie zaudern und eben nicht wissen, wo es lang geht. Auch die Spätphase der Regierungszeit Angela Merkels ähnelt deshalb der Spätphase der Regierung Helmut Kohls. Je länger die Langzeitkanzler regieren, desto stärker wirkt die Macht der Institutionen, der Konkurrenz, des politischen Wettbewerbs. Zugespitzt kann man sagen, dass die Stärke demokratischer Poli-

1 Der Aufsatz beruht auf einem Vortrag, der am 14. März 2017 im Schleswig-Holsteinischen Landtag gehalten wurde.

tiker in einem repräsentativen System eigentlich nur Ausdruck gut überspielter Schwäche ist. Umso größer aber eben die Sehnsucht nach wirklich starken Politikern.

Darin steckt eine ambivalente List der repräsentativen Demokratie. Denn sie ist, zumal in einem föderal organisierten Staat, genau darauf angelegt, dass starke Politiker nicht allzu stark werden, dass einfache Wahrheiten sich nicht so leicht durchsetzen können, weil sie sich am Ende als Irrtum herausstellen könnten. Darin steckt der Erfahrungsschatz vieler Generationen und bitterer historischer Rückschläge. Eigentlich ist es aber schon der Erfahrungsschatz weniger sogenannter bürgerlicher Revolutionen, aus denen das hervorgegangen ist, was wir heute »unsere« Demokratie nennen. Man muss hinzufügen: Es ist ein Erfahrungsschatz, um den immer wieder, auch in jüngster Zeit, fast schon täglich gestritten wird. Vieles von dem, was wir heute erleben, könnte man deshalb als die unheimliche Gegenwart dieser Revolutionen bezeichnen.

Damit sind nicht nur Wahlkämpfe gemeint, die aus dem Ruder laufen, wie zuletzt der Wahlkampf in Amerika zwischen Hillary Clinton und Donald Trump. Gemeint ist der revolutionäre Anspruch etwa einer Marine Le Pen, die ein ganzes Modell, eine ganze Republik und eben die repräsentative Demokratie und deren Mechanismen in Frage stellt, nicht mehr respektiert und stürzen will. Dieser Umsturzgedanke steht aber nicht etwa nur am Ende dieser Demokratie, sondern auch am Anfang. Die Krise der repräsentativen Demokratie ist, genau genommen, eine permanente Krise. Sie wurde überhaupt nur erfunden, weil ihre Erfinder genau die Krise vor Augen hatten, die wir zu Recht beklagen, die aber, wenn man ehrlich ist, zu ihrem Wesenskern gehört.²

Warum ist das so? Das klassische Gegenmodell zur repräsentativen Demokratie, die direkte oder plebiszitäre Demokratie, geht von einer Homogenität, von der Überschaubarkeit, Stabilität und von einer Gleichförmigkeit der Ge-

2 Vgl. dazu Vorländer (2016)



sellschaft aus, in der sich ideale Bürger unter idealen Bedingungen eine ideale Meinung bilden können – und deshalb zu idealen Entscheidungen kommen. So sah es, etwas karikiert dargestellt, Jean-Jacques Rousseau. Direkte Demokratie war deshalb, historisch gesehen, auch nicht das Gegenmodell zur repräsentativen Demokratie, sondern in Anknüpfung an antike Vorbilder ein Gegenmodell zur Hierarchie, zur Widersprüchlichkeit und zur Gegensätzlichkeit des Ancien Régime.

Die Wirklichkeit, die sich dann vor allem in der Französischen Revolution in recht schmerzhafter Weise bemerkbar machte, war aber alles andere als homogen, überschaubar oder gleichgerichtet. Sie war heterogen, vielfältig, gegensätzlich, vor allem: alles andere als rational und vernünftig, sondern voller Emotion, Hysterie und neuartigen Massenphänomenen. Damit es angesichts von aufgepeitschten Massen in der Amerikanischen und der Französischen Revolution nicht zu einer Diktatur der Mehrheit, zum »Terror der Vernunft« kommt, wurde deshalb zu einer Delegation der Macht geraten.³ Um Freiheit zu bewahren, soziale und politische Interessengegensätze auszugleichen und ökonomischen Kampf einzuhegen, vor allem aber, um angesichts dieser komplizierten Welt überhaupt stabile Entscheidungen treffen zu können, die nicht in einer permanenten Revolution enden, all diese Herausforderungen verlangten ein rationales, vermitteltes Verfahren: eben die Repräsentation, die Gewaltenteilung, ein System aus den berühmten »checks and balances«.

Die »Zähmung der Massen« und die »Zähmung der Willkür« einzelner Revolutionsführer oder Volkstribune ist aber ein ständiger Stachel im Fleisch dieser parlamentarisch kontrollierten Form von Demokratie. Sie sät nämlich das Misstrauen der Massen, dass sie hintergangen, nicht gehört, nicht beachtet werden. Und die Versuchung, sich den »checks and balances« zu entziehen, ist immer groß. Im

³ Vgl. Vorländer (2016), S. 61 ff.

19. Jahrhundert galten sie als das Mittel von Aristokratie und Besitzbürgertum, von Kapital, Militär und Bourgeoisie, große Teile des Volkes von der Macht fernzuhalten – ersetzt man »Bourgeoisie« durch »Elite« oder »Establishment« oder den »tiefen Staat«, ist man mitten in der Gegenwart, mitten auch im sogenannten Populismus. Dessen historischer Vorläufer, der Bonapartismus, also die Verbindung von plebiszitärer Unmittelbarkeit und autoritärer Macht, durchzieht das 19. Jahrhundert, radikalisiert sich im 20. Jahrhundert bis hin zu ideologischen Exzessen und kehrt jetzt im 21. Jahrhundert in neuem Gewand wieder. Man kann etwa Wladimir Putin oder Recep Tayyip Erdogan durchaus in direkter Nachfolge dieser Form autoritärer Demokratie sehen.

Die Vorliebe für »Führer« ist somit ein ständiger Begleiter der repräsentativen Demokratie – wo immer die Repräsentation als »Verrat am Volk« angefeindet wird, geschieht das im Namen des »wahren Volkswillens«. Den reklamieren am Ende aber immer Einzelne – denn wer könnte diese eine Wahrheit besser »repräsentieren« als nur eine oder nur einer?

Aber worin besteht nun eigentlich die Krise dieser repräsentativen Demokratie genau? Was sind die Ursachen? Was ist neu daran? Jahrelang ist gerne von der Politikverdrossenheit gesprochen worden, die meistens darauf zurückgeführt wurde, dass sich unsere Demokratie in eine Parteienherrschaft verwandelt habe. Auch darin artikulierte sich das, was ich vorher erwähnte, nämlich das Misstrauen, die repräsentative Demokratie diene nur den Interessen ganz bestimmter Gruppen, hier der Parteien, die wiederum eine bestimmte Klientel, bestimmte Lobby-Interessen oder einfach nur sich selbst bedienen. Politikverdrossenheit meint vor allem Parteienverdrossenheit und richtet sich dagegen, dass der wahre Kern des Parlamentarismus, der offene Streit der Meinungen um das Beste aller, erstickt werde.

Wenn man sich den Aufstieg der Grünen (und neuerdings den der AfD) anschaut, sieht man aber auch, wie un-

politisch oder wirklichkeitsfremd die Kritik am Parteienstaat sein kann: Denn die Defizite, Mängel und Systemfehler, derentwegen die Grünen gegründet wurden, entpuppten sich im Laufe der Zeit auch für die Grünen als Kehrseiten durchaus sinnvoller Errungenschaften (man denke an die Fraktionsdisziplin, an die Verbindung von Parteiamt und Mandat, an die Sinnlosigkeit von Rotation, an das Delegiertensystem für Parteitagern). Die Kritik an bestimmten Interessen und deren Repräsentanten, die im Namen einer unabhängigen Meinung vorgetragen wird, entpuppt sich außerdem mitunter als nicht minder begabt, bestimmte Interessen und Lobby-Gruppen mit aller Macht zu fördern.

Eine andere, jüngere Theorie für die Krisenanfälligkeit repräsentativer Demokratie ist die der »Postdemokratie«.⁴ Silvio Berlusconi diene da als Vorbild einer Verbindung von wirtschaftlicher, medialer und politischer Macht, von Konzernen, Medienimperien und Politik, oder – um es auf Russland zu beziehen – von Oligarchie, Propaganda und Staat, die jeweils (und durchaus im Namen des Volkes) mit einer Entmachtung von Parlament und Bürgern einhergeht. Es wird zwar, so die Quintessenz, noch gewählt, aber die Strippen ziehen andere, jedenfalls nicht das Volk. Namen und Staaten, die in dieses Raster passen, sind Hugo Chavez in Venezuela, Wladimir Putin in Russland, die Kommunistische Partei in China oder jüngst auch Donald Trump in den Vereinigten Staaten.

Eine dritte Analyse kommt dem Kern der Krise vielleicht noch näher. Sie beschreibt die Demokratiedefizite als zwangsläufige Erscheinungen einer globalisierten Welt, in der sich die Nationalstaatlichkeit abschwächt oder gar »auflöst«. Das reicht von der internationalen Ebene (TTIP, UN-Konventionen aller Art) über die europäische Quasi-Staatlichkeit (aber ohne Staatsvolk), bis zur nationalen und lokalen Ebene – jeweils ist der Eindruck nicht ganz falsch, dass Volkssouveränität, Selbstbestimmung und

4 Vgl. Crouch (2008)

Selbstverwaltung beschnitten, ausgehöhlt oder eingeschränkt werden. Gleichzeitig bröseln oder verschwinden alte Bindungen – Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Stammtische, selbst Vereine leiden unter mangelnder Beteiligung oder Mitgliederschwund. Sie büßen dadurch an Kraft ein, die woanders fehlt und eine Gesellschaft zusammenhält. Dadurch entsteht der Eindruck, der Bürger sei ausgeschlossen, habe nichts mehr zu sagen, werde nicht angehört, sei Opfer einer Scheindemokratie, die eigentlich nur noch aus einem Planfeststellungsverfahren bestehe, aus der Herrschaft von purer Verwaltung oder von Interessen, die keiner durchschaut.

Die Krise der repräsentativen Demokratie besteht folgerichtig darin, dass das Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten gestört ist. Das äußert sich vor allem in Wahlenthaltung, aber auch darin, dass Protestparteien in Deutschland addiert gut und gerne 30 bis 40 Prozent der Stimmen erreichen können, zumal dann, wenn fast jede Partei mittlerweile in der Versuchung steht, sich als Protestpartei aufzustellen – selbst die, die in der Regierung sind. Mit dem Begriff »Populismus« sollte man zwar vorsichtig sein; aber das Phänomen setzt genau hier an, »in der Bruchstelle der repräsentativen Demokratie« (H. Vorländer). Dieser Populismus verspricht nämlich, die Einheit und Stimmigkeit zwischen Volk und Volksvertretern wieder herzustellen, die es nicht mehr gibt (und nie ganz geben kann).⁵ In der Gefahr, in eine populistische Haltung abzudriften, steht deshalb jede Partei, zumal jede Volkspartei – weil sie theoretisch den gesamten Volkswillen abbilden will, auch wenn ihr das praktisch nie gelingt.

Auch mit dieser Analyse sollte man es aber nicht übertreiben. Recherchiert man vor Ort, tritt ein schizophrenes Verhalten zutage: Wähler beklagen Bürgerferne, wählen aber gleichzeitig Protest-Politiker, die sie noch nie zu Gesicht bekommen haben. Ein Rätsel. Es gibt außerdem kaum

5 dazu Müller (2016)



einen Politiker, der nicht die Erfahrung macht, von morgens bis abends zu ackern, dann aber als raffgieriger Abzocker beschimpft zu werden, als faul, arrogant, korrupt oder desinteressiert zu gelten. Oder als Berufspolitiker stigmatisiert zu werden, von dem aber genau das verlangt wird: ein Vollzeitpolitiker zu sein, um leisten zu können, was von ihm verlangt wird.

Solche Widersprüche unter einen Hut zu bekommen, ist nicht ganz leicht. Eine Erklärung dürfte sein, dass Kritik an »der« Politik und »der« Demokratie in Deutschland selten wirklich materiell begründet ist. Zwar wird gerade in Deutschland gerne vom wachsenden Gegensatz zwischen Arm und Reich debattiert. Angesichts einer doch erstaunlichen Lage auf dem Arbeitsmarkt und einer, im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, komfortablen Daseinsvorsorge erscheint diese Debatte aber nicht Ausdruck einer dramatischen, sondern gerade einer entspannten Lage: Das Thema verfängt, weil man es sich leisten kann. Die Ursache der für Populismus empfänglichen Aufwallungen sind andere. Das unterscheidet nebenbei den nordeuropäischen Rechts- vom südeuropäischen Linkspopulismus.

In und um Deutschland herum ist aber alles in Bewegung geraten, was gestern noch Gewissheiten waren. Migration, Europa, Islamismus und Digitalisierung haben daran einen großen Anteil. Die Kritik, die sich daraus an den Unvollkommenheiten der Repräsentation ergeben, hat deshalb den Charakter einer Kulturkritik an der »globale Klasse«.⁶ Sie ist Ausdruck einer neuen Spaltung, einer neuen Differenzierung unserer Gesellschaft. Denn in unserer Gesellschaft betrachtet ein Teil der Bevölkerung als Gewinn, was der andere als Bedrohung empfindet – als Bedrohung ihrer Heimat, ihrer Gewohnheiten, ihrer sozialen Stellung, ihrer materiellen Interessen. Das gilt vor allem für die Formierung einer Einwanderungsgesellschaft: die einen leben darin und tun das gerne, die anderen leben darin und

6 Vgl. Dahrendorf (2000)

leiden daran, und wieder andere leben nicht entfernt darin und wollen es (deshalb) auch gar nicht.

Die Einstellung zur jeweiligen Wirklichkeit hat deshalb nur indirekt etwas damit zu tun, ob ein hoher Ausländeranteil vorliegt oder hohe Arbeitslosigkeit, ob »Europa« im jeweiligen Fall überhaupt relevant ist. Um es auf die Spitze zu treiben: Entscheidend ist für viele Verdrossene, Verunsicherte oder Aussteiger gar nicht eine wissenschaftlich bewiesene Wirklichkeit (für die es im Übrigen meistens auch ein Gegenbeweis gibt). Entscheidend ist, ob sich in ihnen das Gefühl durchsetzt, dass sich das »rot-grün versifft« Deutschland« (J. Meuthen), die »Elite«, wer auch immer das ist, durchgesetzt hat oder nicht. Ob sich in den Augen dieser »alternativ« Denkenden unsere politische Landschaft also im Gleichgewicht befindet, oder ob sie abschüssig ist. Sie setzen das Parlament, die Regierungen in Bund und Ländern, die Parteien, die Journalisten, das »Establishment« mit diesem einseitigen, unausgewogenen Deutschland in eins, nicht mit »ihrem« Deutschland, das sozusagen das einzig wahre, ausgeglichene Deutschland ist. Das etablierte System der repräsentativen Demokratie erscheint in dieser Protesthaltung als ein System der Lebenslüge, ihre Vertreter im Extremfall als »Lakaien der Macht« oder als »Volksverräter«.

Die angebliche Manipulation der Öffentlichkeit spielt dafür eine herausragende Bedeutung. Sie führt zu dem Begriff, der es zu Recht schon zum Unwort des Jahres gebracht hat, dessen Siegeszug aber dennoch ungebrochen ist, dem der »Lügenpresse«. Sie ist ein deutscher Vorläufer der »fake news«. Er ist vielleicht der Begriff, der am besten zeigt, wie radikal sich unsere Öffentlichkeit verändert hat. Auch das gehört zu den Gründen, warum die Zweifel an unserer derzeitigen Form von Demokratie und Parlamentarismus einen so großen Nährboden haben, vielleicht ist es sogar der wichtigste Grund.

Was ist mit »Lügenpresse« oder »fake news« gemeint? Mit »fake news« sind ursprünglich Desinformationen gemeint, auch Falschmeldungen, also durchaus Lügen, die etwa durch Geheimdienste oder Regierungen gestreut werden. Der alltägliche Gebrauch beider Begriffe im politischen Machtkampf meint aber nicht, dass im Fernsehen, in der Zeitung oder im Netz bewusst gelogen wird. Gemeint ist, dass eine Wirklichkeit vorgetäuscht wird, die es nicht gibt, oder dass die Wirklichkeit, wie sie tatsächlich ist, geleugnet oder verdreht wird. Diese Haltung setzt voraus, dass es eine Wirklichkeit gibt, auf die wir uns alle einigen können, die so eindeutig ist, dass wir alle einer Meinung sind.

Schon die Formulierung einer simplen Nachricht muss aber zu der Erkenntnis führen, dass es diese von allen akzeptierte Wirklichkeit nicht gibt. Das deutsche Wort »Nachricht« ist deshalb ehrlicher als das englische »news«: Es deutet an, dass hier etwas »nachgerichtet« wird und nicht nur davon lebt, dass es »neu« ist. Die Neuigkeit mag objektiv sein, die Nachricht kann es aber nicht sein, weil jeder Mensch, selbst wenn er sich noch so bemüht, auch von seinen Interessen, seiner Meinung, seiner Vorgeschichte beeinflusst ist.

Es gibt deshalb schlecht geschriebene und gut geschriebene Nachrichten, Analysen und »Hintergründe«, je nachdem, wie nahe sie der Objektivität kommen – auf die man sich dann aber erst einmal einigen müsste. Das soll nicht heißen: alles ist relativ. Aber der »wahre Volkswille« ist ebenso eine Illusion wie die »wahre Nachricht« oder die »wahre Presse«. Wer dennoch im Namen der Vernunft auf ihr beharrt, kommt schnell in die Verlegenheit, jede abweichende Darstellung als Ausdruck von Verschwörung, von Irrsinn oder als Produkt von Zensur zu begreifen. Er ist auf dem besten Weg in die Paranoia.

Die Berichterstattung über die politische Wirklichkeit hat deshalb mit unserem politischen System eines gemein-

sam: Sie ist Gegenstand und Ausdruck von Pluralismus. Es geht also im Streit über Tatsachen, Wahrheit und Lügen eigentlich um Meinungskampf und um den eingangs beschriebenen Gegensatz von Homogenität und Heterogenität. Die Schwierigkeit, mit der wir es erst seit ein paar Jahren zu tun haben, ist die Möglichkeit, sich auf ganz einfache und bequeme Weise in einem Reich der Homogenität hinein zu bewegen und dort auf Dauer bequem zu machen. Man muss im Internet nur alles wegklicken, blocken und aussortieren, was nicht zur jeweiligen Meinung passt. Und schon hat man die Wahrheit konstruiert, von der man schon immer überzeugt war, dass es sie gibt, und alles dekonstruiert, was dieser Wahrheit widerspricht.

Das sind die berühmten »Echokammern« oder »Blasen«, in denen sich allerdings schon frühere Generationen der bürgerlichen Öffentlichkeit befanden. Der Begriff der »Lügenpresse« lässt sich bis zur Französischen Revolution zurückverfolgen: Er taucht nicht umsonst zuerst in einer Zeit auf, in der Politik zum Schauplatz von Wahrheitsansprüchen und zum Religionersatz wurde.⁷ Die Französische Revolution war zudem nicht nur der Urknall der Ideologien, sondern auch der Urknall politischer Publizistik, der vielleicht zu einem ganz ähnlichen Phänomen beitrug wie der Urknall des Internets: Je mehr Informationen kursieren, je komplizierter dadurch die Wirklichkeit scheint, desto größer das Bedürfnis nach Erklärung, nach »Narrativen«, desto größer das Bedürfnis aber auch nach Erlösung, danach, dass in der Politik das Richtige und Eindeutige getan wird.

7 Der Begriff »Lügenblatt« ist wahrscheinlich so alt wie der Journalismus; zum modernen, ideologischen Kampfbegriff entwickelte er sich aber erst im bürgerlichen Revolutionszeitalter, etwa bei Friedrich von Gentz, der die »ekelhaften Lügenblätter« anprangert, die in Deutschland unter Napoleons Herrschaft »jeden Zugang zur Wahrheit« versperren. Vgl. Mann (1995), S. 206

Sogenannte »Volksdemokratien«, also Demokratien, die das vorgeben, was die radikalen Kritiker der repräsentativen Demokratie gerne wollen, nämlich den Volkswillen direkt zu exekutieren, haben ein einfaches Mittel, um dem Dilemma zu entrinnen, das sich aus der Wirklichkeit ergibt, die keine Wahrheit kennt. Sie lassen einfach nur eine einzige Wahrheit zu und nennen die Zeitung, die sie verbreitet, dann schlicht nur »Prawda« – die Wahrheit. Die wahre Lügenpresse ist aber gerade diese Wahrheitspresse: Der Grund, warum es eine repräsentative Demokratie gibt, ist derselbe, warum es in der Demokratie keine »Wahrheit«, keine homogene Meinung geben kann, sondern auch hier Lessings Ringparabel gilt: Jeder darf die Wahrheit für sich beanspruchen, solange er andere nicht daran hindert, dasselbe zu tun, und solange er akzeptiert, dass in jeder Meinung ein Körnchen Wahrheit stecken kann.

Das ist leichter gesagt als getan, zumal unter dem Eindruck von sogenannten Demokraten wie Putin, Erdogan oder Trump. Schon in kurzer Zeit konnten sie den Bewah- rern der repräsentativen Demokratie und der Pressefreiheit einen Kampf um »die« Wahrheit im Reich der Politik auf- zwingen, etwa in Form der Kampagne im Namen der »Wahrheit«, die im Februar 2017 von der »New York Times« gestartet wurde. Die Zeitung ließ sich damit zu einem An- spruch verleiten, von dem bislang nur Ideologen behaupteten, ihn erfüllen zu können, nämlich die eine Wahrheit zu kennen. Die repräsentative Demokratie kennt aber nur diese eine einfache Wahrheit: Es gibt keine.

Jasper von Altenbockum, Jg. 1962, studierte nach Abitur und Wehrdienst in Tübingen, Berlin und Münster Geschichte und Germanistik. 1986 Master of Arts in Politik, Geschichte und Vergleichender Literaturwissenschaft, Washington University, St. Louis, Missouri / USA. In Münster Promotion mit einer Biographie über den Journalisten und Kulturhistoriker W. H. Riehl. Seit 1989 politischer Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. 1994 bis 1996 Korrespondent für Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, 1996 bis 2001 Korrespondent für Skandinavien und das Baltikum mit Sitz in Stockholm. 2001 bis 2011 verantwortlich für politische Nachrichten. Seitdem verantwortlicher Redakteur Innenpolitik der F. A. Z. Jasper von Altenbockum ist verheiratet und hat drei Kinder.

LITERATUR

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/M.

Dahrendorf, Ralf (2000): Die globale Klasse und die neue Ungleichheit.

In: Merkur, 54. Jg., Heft 619, S. 1057–1068

Mann, Golo (1995): Friedrich von Gentz. Gegenspieler Napoleons,

Vordenker Europas, Frankfurt/M. (Neuausgabe von 1947)

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Frankfurt/M.

Vorländer, Hans (2016): Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht:

Die Bruchstelle der repräsentativen Demokratie und die populistische

Herausforderung. In: Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), Vielfalt statt

Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um

Einwanderung und Flüchtlinge? S. 59–74

IMPRESSUM

Herausgeber

Der Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Redaktion

Referat für Öffentlichkeitsarbeit
und Veranstaltungsmanagement

Gestaltung & Satz

amatik Designagentur, Kiel

Fotos

Regina Baltschun

